

Schweinehaltung im Fokus: Tierschutz fordern vor dem Kanzleramt!

Der VGT fordert bis 1. Juni 2025 eine Reform der Schweinehaltung in Österreich, inklusive verpflichtender Stroheinstreu und Stopp von Förderungen für Vollspaltenboden.



Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Ein dramatisches Signal für die heimische Tierhaltung: Der Verein gegen Tierfabriken (VGT) hat vor dem Bundeskanzleramt in Wien eindrucksvoll auf die Missstände in der Schweinehaltung hingewiesen. Laut dem VGT-Obmann DDr. Martin Balluch müssen bis zum 1. Juni 2025 klare Maßnahmen getroffen werden. Er fordert nicht nur ein Ende der staatlichen Förderungen für die Tierhaltung im Vollspaltenboden-System, sondern auch die obligatorische Verwendung von Stroheinstreu mit doppeltem Platzangebot ab 2033. In einem Rechnungshofbericht, der die Förderungen bis 2022 analysierte, wurden unglaubliche 13 Millionen Euro an Steuergeldern

aufgedeckt, die in Neubauten von Schweinebetrieben geflossen sind – jedoch nur zu einem Drittel in tierfreundliche Ställe mit Stroheinstreu.

Schockierend ist, dass trotz des erwiesenen Wunsches von 92 Prozent der Bevölkerung für eine artgerechte Haltung von Schweinen, weiterhin massive Subventionen in das Vollspaltenboden-System investiert werden. Diese Haltesysteme, die mit bis zu 25 % gefördert werden, stehen im krassen Gegensatz zu den Fortschritten bei der Rinder- und Hühnerhaltung, wo die Tierwohlquote deutlich höher ist. Die VGT-Aktivisten kritisierten auch die falsche Darstellung in der Öffentlichkeit, wonach seit 2023 keine neuen Vollspaltenbodenhaltungen mehr gebaut werden dürften. Tatsächlich gibt es noch Gestaltungsspielraum für strukturierte Systeme, wo Staatsgelder weiterhin fließen, wie [vgt.at](https://www.vgt.at) berichtete.

Gewinne der Schweineindustrie im Fokus

Doch hinter den Kulissen wird weiter um die Zukunft der Schweine gefightet. Trotz beträchtlicher Gewinne in der Schweineindustrie, die eine Umstellung auf tierfreundlichere Haltungsbedingungen finanziell ermöglichen könnte, wird das leidvolle Schicksal der Tiere ignoriert. Eine wissenschaftliche Studie, die der VGT zitierte, zeigt, dass eine tiergerechte Haltung einschließlich allen notwendigen Maßnahmen lediglich 35 Cent mehr pro Kilogramm Schlachtgewicht kosten würde. Dennoch scheinen die Betriebe nicht bereit zu sein, für das Wohl der Tiere einzustehen, obwohl die Nettogewinne seit 2003 sprunghaft angestiegen sind. DDr. Balluch erklärte: „Die Verantwortung für diese Missstände liegt klar bei der Politik, die jetzt handeln muss.“ Diesen Forderungen folgten die Protestaktionen des VGT mit Schildern und Transparenten, um auf die Katastrophe aufmerksam zu machen, die sich hinter den Mauern der Schweinefabriken verbirgt.

Details	
Vorfall	Tierschutz
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• vgt.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at